

OTS0116 5 II 0489 NEF0007 Di, 21.Mai 2024

Di, 21.Mai 2024

Gesundheit/Soziales/Sozialversicherung/Ärzte

## Kassenzahnarztssystem steht vor dem Zusammenbruch

(APA - OTS)

### Dem Land gehen die Kassenzahnärzte aus!

(Wien / OTS) - Aktuell sind circa 10 Prozent der zahnärztlichen Kassenplanstellen unbesetzt beziehungsweise unbesetzbar. In den vergangenen 10 Jahren ist die Anzahl der Kassenzahnärztinnen und -ärzte um neun Prozent zurückgegangen und die der Wahlzahnärztinnen und -ärzte um denselben Prozentsatz angestiegen. Gleichzeitig ist Österreichs Bevölkerung um 7,7 Prozent gewachsen. In den kommenden zehn Jahren werden 46 Prozent der Kolleginnen und Kollegen mit Kassenvertrag ihr Pensionsantrittsalter erreichen. Viele von ihnen werden unter den derzeitigen Bedingungen keine Praxisnachfolge finden. Die kassenzahnmedizinische Weiterbetreuung unserer wachsenden und überalternden Bevölkerung ist somit mehr als unsicher.

Seit Jahren wird das zahnmedizinische Kassensystem kaputtgespart, weshalb viele junge Kolleginnen und Kollegen den Eintritt ins solidarische Gesundheitssystem meiden und es vorziehen, auf Wahlzahnarztbasis zu arbeiten. Andererseits legen auch viele etablierte Kassenzahnärztinnen und -ärzte ihre Verträge zurück und verlassen das System. Falls nicht zeitnah richtungweisende Entscheidungen zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems getroffen werden, wird dieses endgültig kippen.

Es braucht die **Kooperation** aller Stakeholder im Gesundheitsbereich, um das kassenzahnärztliche System wieder attraktiv zu gestalten. Maßnahmen wie der jüngst im Rahmen des Finanzausgleichs durchgezogene Verlust der Parteistellung und der Rechtsmittelrechte der Österreichischen Zahnärztekammer bei krankenanstaltenrechtlichen Verfahren bringen uns hier nicht weiter. Die Österreichische Zahnärztekammer war und ist stets kooperativ, wenn es um die Patientenversorgung geht. Es gab und gibt keinen sachlich rechtfertigenden Grund, diese wichtige Rolle und Funktion der Österreichischen Zahnärztekammer schlechthin zu beseitigen.

Der Wahlkampflogan, die Wahlärzteschaft teilweise ins Kassensystem zwingen zu wollen, ist in diesem Kontext genau so wenig zielführend, wie ein Starterbonus von 100.000 Euro zur Gründung einer Kassenpraxis. Letzterer ist wettbewerbsrechtlich als

bedenklich einzustufen und dient letztendlich nur dazu, um junge Kolleginnen und Kollegen in ein über Jahrzehnte hinweg kaputt gespartes Kassensystem zu locken.

Um den niederschweligen Zugang der Österreicherinnen und Österreicher zum Gesundheitssystem auch in den kommenden Jahren sicher stellen zu können, haben wir ein Maßnahmenpaket zusammengestellt, welches die Übernahme eines zahnärztlichen Kassenvertrags wieder erstrebenswert erscheinen lässt. Unseren Umfragen nach wäre schließlich die Hälfte der WahlzahnärztInnen bereit, zu besseren Bedingungen ins solidarische Gesundheitssystem einzusteigen.

- Anhebung der zahnärztlichen Kassentarife durch die Sozialversicherungsträger
- Senkung der Einkommensteuer für Kassenleistungen im niedergelassenen zahnärztlichen Bereich
- Steuerbefreiung von Überstunden der angestellten Zahnärztinnen und Zahnärzte
- Partnerschaftliche Lösung des Amalgamverbots, welches am 1. Januar 2025 in Kraft treten wird
- Problemlösung in Bezug auf die „unechte Umsatzsteuerbefreiung“
- Mehr Studienplätze für Zahnmedizin und sofortige Wiedereinführung der Inländerquote beim Zugang zum Zahnmedizinstudium an den staatlichen Universitäten
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeitsformen im niedergelassenen zahnärztlichen Bereich, um Familie und Beruf noch besser in Einklang bringen zu können
- Wiederherstellung der Parteistellung und der Rechtsmittelrechte der Österreichischen Zahnärztekammer

Die Zuständigkeit für die Invertragnahme einer ausreichenden Anzahl von Vertragszahnärztinnen und -ärzten zur Sicherstellung des niedrighschweligen Zugangs zum Gesundheitssystems liegt nach der einseitigen Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch die Sozialversicherungsträger alleine auf deren Seite. Die Österreichische Zahnärztekammer ortet dringenden Handlungsbedarf und fordert im Sinne der Versorgungssicherheit mehr gesundheitspolitische Dynamik ein.

Rückfragehinweis:

Österreichische Zahnärztekammer

[office@zahnaerztekammer.at](mailto:office@zahnaerztekammer.at)

[www.zahnaerztekammer.at](http://www.zahnaerztekammer.at)